

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

11.3.1931 (No. 59)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Druckerei  
Nr. 933  
und 934  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatssanzeniger:  
Chefredakteur  
G. K u e h,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einj. 32,50 RM, einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Sedentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversen fällt der Inhalt der Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für persönliche Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu freundschaftlicher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Der Marineetat im Ausschuss

#### Die erste Rate für Panzerkreuzer B bewilligt

#### Stimmhaltung der Sozialdemokraten

W.D. Berlin, 11. März. (Tel.) Im Haushaltsausschuss des Reichstags begann heute die Beratung des Marineetats, die vor allem deswegen mit großer Spannung erwartet wurde, weil dabei die erste Entscheidung über die erste Rate des Panzerkreuzers B fiel. Die Sozialdemokraten kündigten steuerpolitische Anträge an und erklärten, sich zunächst der Stimme enthalten zu wollen. Als Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion verlas der Abg. Hänlich eine Erklärung, in der es heißt:

Die Fraktion hat den bisher angeforderten Raten für den Bau des Panzerkreuzers A ihre Zustimmung versagt und sachlich liegt für sie keinerlei Veranlassung vor, gegenüber dem Panzerkreuzer B eine andere Stellung einzunehmen. Die Haushaltslage des Jahres 1931 ist noch angespannter als die 1930, und es wäre also für die Regierung alle Veranlassung gegeben, auch diesmal auf die Inanspruchnahme des Panzerkreuzers B zu verzichten. Wenn nun von Seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien in diesem Zusammenhang auf die innerpolitische Gesamtlage hingewiesen wird, so verschließt sich auch die Sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, dass alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Abwehr des Faschismus interessierten Parteien aus der gegenwärtigen Situation gewisse politische Schlussfolgerungen zu ziehen haben. Sie hat aber gerade deshalb das Recht, zu verlangen, daß, wenn überhaupt der Flottenbau nach den Plänen der Regierung vorgenommen wird, zum mindesten die finanzielle Belastung, die durch das Flottenbauprogramm erwächst, durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen wird. Zu diesem Zweck wird sie bestimmte steuerpolitische Anträge einbringen und sie erwartet gleichzeitig ein Entgegenkommen in ihren Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann eine endgültige Stellungnahme der Sozialdemokratischen Fraktion zu den angeforderten Schiffsbauraten erfolgen. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung über die angeforderte erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers B im Ausschuss der Stimme enthalten.

Für die Staatspartei gab dann Abg. Dr. Kütz die Erklärung ab, in der es heißt: Die Marine ist integrierender Bestandteil der deutschen Wehrmacht und nach der geographischen, politischen und handelswirtschaftlichen Lage Deutschlands eine Lebensnotwendigkeit. Das Erprobungsprogramm der Marineleitung enthält nur das Mindestmaß dessen, was notwendig ist, um die Zweckbestimmung der Marine als Küstenschutz und als Korrelat unserer Handelsseefahrt zu gewährleisten. Die hierfür aufgewendeten Mittel sind produktiver Natur, wir werden sie deswegen bewilligen, ohne politische Kompensationen auf anderen Gebieten hiermit in Verbindung zu bringen.

Reichswehrminister Gröner erklärte, daß er mit der von ihm in Angriff genommenen Flottenpolitik Ruhe und Falle. Ein Zurück gebe es für ihn nicht.

Die erste Rate für den Panzerkreuzer B wurde gegen die Kommunisten bewilligt. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

### Die Arbeitsmarktlage im Reich

#### Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Ende Februar hatte nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 18. Februar 1931 sowohl die Zahl der Arbeitslosen wie die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung etwas abgenommen, nur die Zahl der Kräfteunterstützten ist etwas gestiegen, jedoch langsamer als im Vormonat. Die Zahl von dem 23. Februar ergab, daß von den bei den Arbeitsämtern eingetragenen verfügbaren Arbeitslosen rund 4 972 000 arbeitslos waren, d. h. rund 19 000 weniger als am 15. Februar.

Aus dieser Zahl wurden Ende Februar rund 2 589 000 aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, rund 908 000 aus denen der Kräfteunterstützung unterstützt. Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung gegenüber dem letzten Stichtag beläuft sich auf annähernd 13 000, die Mehrbelastung in der Kräfteunterstützung auf rund 46 000 Hauptunterstützungsempfänger. Von den beiden versicherungsmäßigen Unterstützungsleistungen wurden mithin Ende Februar rund 3,5 Millionen Arbeitslose betreut. (Dazu kommen noch die Wohlfahrts-erwerbslosen.)

Der bayerische Landtagszwischenfall. Der Verband der bayerischen Landtagsjournalisten gibt zu den Vorgängen, die sich am 5. März auf der Journalistentribüne des Landtags abgespielt haben, eine Erklärung ab, in der der tiefsten Enttäuschung über die Mißhandlung des Redakteurs Schwingenstein durch die nationalsozialistischen Abgeordneten Wagner und Straider, und der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß die öffentliche Ausschreitung der beiden Abgeordneten die Mißbilligung des Reichstags finden werde. Der Vorstand des Landesverbandes der bayerischen Presse hat sich dieser Erklärung vollinhaltlich angeschlossen.

Die Klage Sachsens gegen die Reichsbahn. Der Termin zur Verhandlung vor dem Reichsbahngericht in der Klage Sachsens gegen die Deutsche Reichsbahngesellschaft, ist auf den 24. März anberaumt worden.

### Letzte Nachrichten

#### Das Osthilfegesetz

#### Eine Doppelvorlage der Reichsregierung

W.D. Berlin, 11. März. (Tel.) Das Osthilfegesetz dürfte am morgigen Donnerstag noch nicht zur ersten Beratung im Reichstagsplenum kommen. Auf der Tagung der Donnerstagssitzung steht es nicht, konnte es auch nicht stehen, da diese Tagesordnung schon am Samstag beschloffen wurde, also bevor der Reichsrat die Vorlagen verabschiedet hatte.

Da sich in der Behandlung des Osthilfegesetzgebungsverwerkes in einigen Punkten wesentlich divergierende Auffassungen bei der Reichsregierung und des Reichsrates ergeben haben, hat sich die Reichsregierung entschließen müssen, eine Doppelvorlage an den Reichstag zu machen.

Zunächst ergab sich zweierlei Meinung über die Frage der Ausdehnung der Vorlage auch auf die Provinz Schleswig-Holstein. Das Entscheidungsvolumen war berechnet worden auf Grund der jetzigen Ausdehnung. Die Reichsregierung behält sich vor, sobald die Mittel zur Verfügung stehen, die Ermächtigung auch auf Schleswig-Holstein auszuweiten. In der Frage des Industriebankgesetzes hatte die Reichsregierung gebeten, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder auf 29 zu beschränken, im Reichstagsplenum ist die alte Auffassung von 33 Mitgliedern aber eingefügt worden, davon zwei Mitglieder der Industrie und zwei der Kreuzzentrale. Auch in diesem Fall hat die Reichsregierung eine Doppelvorlage für notwendig gehalten, weil sie das Gremium ohnehin schon für etwas zu schwerfällig hält. Weiter hat noch die Erweiterung des Geschäftsbereiches der Industriebank divergierende Auffassungen ergeben. Die Reichsregierung wünscht keine Beschränkung des Aufgabenspektrums für die Bank.

Der Gesetzentwurf wird heute dem Reichstage offiziell zugestellt. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Osthilfe im Laufe der nächsten Woche in der Vollendung des Reichstags behandelt werden wird, so daß die Verabschiedung Ende der nächsten oder Anfang der übernächsten Woche erfolgen kann.

### Rückkehr der deutschen Industriellen aus Rußland

#### Bevorstehende Kreditverhandlungen in Berlin

W.D. Berlin, 11. März. (Tel.) Die deutschen Industriellen, die sich einige Tage in Rußland zum Studium aufgehalten haben, trafen heute vormittag in Berlin ein. Die Herren führen nach ihrer Ankunft zunächst zum Reichsverband der deutschen Industrie, wo sie über ihre russischen Eindrücke und Erfahrungen berichteten. Im Anschluß daran wurden sie um 12 Uhr vom Kanzler, dem Reichsaussenminister und dem Reichsfinanzminister empfangen, um auch hier Bericht zu erstatten.

In Unterredungen äußerten die Herren sich sehr befriedigt über ihre Reise. Sie beurteilen die Aussichten des Rußland-Geschäftes recht optimistisch und erklären, daß Rußland tatsächlich einen sehr starken Bedarf an Maschinen und anderen Produktionsmitteln habe, und daß sich hier für die deutsche Industrie zweifellos Möglichkeiten bieten, die angesichts der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit besonders wertvoll sind. Man bedauert, daß die von Rußland eingeladenen Bankiers an der Reise nicht teilnehmen konnten, da sie durch die Bilanzvorbereitungen verhindert waren. Deshalb konnte über die Kredit- und Finanzierungsfragen noch nicht gesprochen werden; man glaubt aber, daß dieser Teil der Verhandlungen durchaus in Berlin geführt werden kann, zumal das Ansehen der deutschen Industriellen über die Verhältnisse der russischen Wirtschaftsorganisation eine sachliche Grundlage bilden würde. Die Industriellen äußern sich übrigens auch sehr anerkennend über den herzlichen Empfang, den die russischen Behörden und Wirtschaftsfaktoren ihnen bereitet haben. Gleich bei der Ankunft an der Grenze waren ihnen zwei neue Schlafwagen und ein Speisewagen zur Verfügung gestellt worden, die sie auch später während ihrer Besichtigungsreise innerhalb des Landes benutzten. Alle Behörden gaben sich die erdenklichste Mühe, den Gästen ihre Aufgabe zu erleichtern.

### Neue Konfliktigkeiten in Indien

#### Die Forderung nach Unabhängigkeit

W.D. Allahabad, 11. März. (Tel.) Der Präsident des allindischen Kongresses, Jwaharlal Nehru, erklärte in einer öffentlichen Versammlung, wenn der Kongress beschließen sollte, an einer Konferenz mit den Engländern teilzunehmen, so würde das nur unter der Bedingung geschehen, daß Indien völlige Unabhängigkeit und die Kontrolle über das Heerwesen und die Finanzen erhalte. Würden diese Ziele nicht erreicht, so würde der Kampf mit neuer Energie wieder aufgenommen werden.

### Das indische Meer

W.D. Neu-Delhi, 10. März. (Tel.) Die gesetzgebende Versammlung nahm heute mit 68 gegen 48 Stimmen einen Antrag an, ein Gesetz vor, um ihre Unzufriedenheit mit dem langsamen Fortschreiten der Indisierung des Meeres zum Ausdruck zu bringen. Ein Redner erklärte, statt der 500 indischen Offiziere gebe es deren bisher nur 331.

### \* Neue Komplikationen

Es hieße Vogel-Strauß-Politik treiben, wollte man an der Tatsache vorübergehen, daß sich die Beziehungen zwischen dem Kabinett und dem Reichslandbund verschlechtert haben. Schon vor einiger Zeit hatte der Reichslandbund einen Beschluß gefaßt, der dem Kabinett Brüning Kampf ansetzte und das Agrarprogramm und die Osthilfe scharf kritisierte. Die Reichsregierung konnte demgegenüber darauf hinweisen, daß ihre ganze Agrarpolitik im Benehmen mit den Vertretern der „grünen Front“ festgelegt worden sei. Und in der Tat war der Eindruck, den der Draußenstehende gewinnen mußte, zum mindesten nicht ganz einheitlich; es schien so, als ob ein recht großer Teil der Landwirtschaft die Maßnahmen und Pläne des Kabinetts durchaus billigte. Nun ist neuerdings insofern eine Art Klärung eingetreten, als jetzt der Reichslandbund durch seinen Vorstand die Agrarvorlagen der Regierung einschließlich der Osthilfe in aller Form als unzureichend ablehnt. Schon im Reichsrat hatten die Vertreter von Ostpreußen und Brandenburg betont, daß das Osthilfegesetz nicht die Möglichkeit bietet, die große Not zu beheben, und daß sie es ablehnen müßten, die Verantwortung für dieses Gesetz vor ihrer Heimatprovinz zu tragen; sie wollten zwar nicht gegen das Gesetz stimmen, da es wenigstens einige Hilfe bringe, aber sie hielten es für ihre Pflicht, sich der Stimme zu enthalten.

Das Osthilfegesetz ist dann bekanntlich vom Reichsrat angenommen worden. In der betreffenden Sitzung haben die Vertreter anderer Reichsteile, die auch schwer unter der Not zu leiden haben, mit einem Gefühl wehmütvol-len Reides die Tatsache unterstrichen, daß der Osten rund 2 Milliarden bekommt, während andere Gebietsteile sich mit ein paar Millionen oder zunächst sogar mit nichts begnügen müssen.

Die wirtschaftliche Notlage, in der wir uns befinden, kann gar nicht besser gekennzeichnet werden, als durch diese Vorgänge. Man stelle sich vor: Die Reichsregierung will rund 2 Milliarden Reichsmark für Zwecke der Osthilfe opfern. Und doch wird ihr erwidert, daß dieses Opfer nicht im mindesten ausreicht, um wirklich Besserung zu schaffen. Und die größte agrarische Organisation, der Reichslandbund, bezeichnet die gesamten Agrarvorlagen der Regierung mit samt der Osthilfe als „unzureichend“, weil die Forderungen auf dem Gebiete der allgemeinen Lastenfenkung und der Zollpolitik nicht erfüllt seien. Das ist eine Situation, die einen weniger nervenstarken und besonnenen Staatsmann, wie den Reichskanzler, schier zur Verzweiflung bringen könnte.

Natürlich darf man die Erklärungen der Landwirtschaft des Ostens nicht etwa als Ausfluß politischer Agitation betrachten. Es ist schon so, daß zumal Ostpreußen einen zermürbenden Kampf um die Behauptung seiner wirtschaftlichen Existenz führt. Und es ist schon so, daß der Landwirt neben den Arbeitslosen am stärksten von der wirtschaftlichen Krise betroffen wird. Die Lagen sind in kaum nennenswerter Weise gesunken, sie bewegen sich insgesamt auf einem Niveau, das viel höher liegt, als das der Vorkriegszeit; die Einnahmen aber, die der Landwirt bezieht, die Preise, die er für seine Erzeugnisse bekommt, sind lediglich so hoch oder nur um ein paar Pfennige höher, als die der Friedenszeit. Man braucht nicht einmal Kaufmann zu sein, um sich auszurechnen, daß ein solches Mißverhältnis auf die Dauer zum Ruin der Landwirtschaft führen muß.

Andererseits ist es sehr unangebracht, der Reichsregierung den Vorwurf zu machen, sie tue nicht genügend für die Landwirtschaft. Man muß sich nur einmal recht vor Augen halten, wie gering die Mittel sind, die der Reichsregierung zur Verfügung stehen, wie schwer die Finanzlage ist, die auf dem ganzen Reich lastet, und man wird dann zur richtigen Einschätzung eines Agrarprogrammes gelangen, das eine Osthilfe in der Höhe von etwa 2 Milliarden Reichsmark vorsieht. Es ist eben schließlich die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage, von der die Errettung der deutschen Landwirtschaft auf weite Sicht zu hoffen ist. Und selbstverständlich wird diese Besserung der Wirtschaftslage durch weitere Reformen beschleunigt werden können. Alle diese Reformen müssen und werden im Zeichen der Forderung stehen, daß die Belastung der Wirtschaft gemildert, die Gesteuerkosten verringert werden müssen.

Wie eine Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald vor den christlichen Arbeitern in Münster in Westfalen von neuem zeigt, hat die Reichsregierung diese Forderung

vollkommen anerkannt. Stegerwald hat das Sanierungsprogramm des Kabinetts dahin gekennzeichnet, daß es erstens die finanzielle Ordnung zu bringen habe, daß es die deutsche Ausfuhr festigen müsse, daß aber drittens ganz nachdrücklich eine Senkung der Gesehungskosten herbeigeführt werden müsse. Und es versteht sich ganz von selbst, daß im Rahmen dieser Senkung der Gesehungskosten auch die Lohnfrage eine Rolle spielen wird. Schon in einer früheren Rede hatte Stegerwald erklärt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit sicherlich in manchen Fällen recht wünschenswert und durchführbar sei, daß man die Forderung aber nicht verallgemeinern dürfte.

Nun hat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, also der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften, dieser Lage einen Beschluß gefaßt, der die generelle Einführung der fünfjährigen Arbeitswoche fordert und von der Reichsregierung, wie von allen öffentlichen Gewalten erwartet, daß „sie den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einstelle“. Diese Beschlüsse laufen den Anschauungen der Reichsregierung durchaus zuwider. Und wir glauben kaum, daß sie Aussicht auf Erfüllung haben.

### Kurze Nachrichten

**Gedentag der oberschlesischen Abstammung.** Am 20. März d. J. sind 10 Jahre seit der oberschlesischen Abstammung vergangen. Der preussische Kultusminister Grimme ersucht in einem Mandat die Schulbehörden, dafür zu sorgen, daß in allen Schulen im Schulunterricht dieses Tages gedacht wird. In der Provinz Oberschlesien ist am 20. März eine Gedentag zu veranstalten; der Unterricht fällt in Oberschlesien an diesem Tage aus.

**Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.** Die Berliner Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften über eine Lohnsenkung haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Reichsbahnverwaltung wird nunmehr die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragen.

**Der Evangelische Landeskirchentag für Württemberg.** Am Sonntag fanden die Wahlen zum Evangelischen Landeskirchentag für Württemberg statt. Gewählt wurden 61 Abgeordnete. Davon gehören 37 der orthodoxen, 20 der liberalen Richtung an. Vier Abgeordnete vertreten keine besondere Richtung. Die religiösen Sozialisten erlangen kein Mandat.

**Württemberg klagt wegen der Lokomotivindustrie.** Württemberg hat beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage gegen das Reich erhoben, um zu erreichen, daß die Aufträge der Reichsbahn für die württembergische Lokomotivindustrie auf eine höhere Quote als die jetzt bestehende von 1,41 Proz. hinausgehoben werde, worauf Württemberg Anspruch zu haben glaubt.

**Die Aussperrung in der bayerischen Metallindustrie.** Die vom Verbande Bayerischer Metallindustrieller in den bayerischen Großstädten Montagabend mit Arbeitschluss verhängte Aussperrung, von der 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen wurden, ist einheitlich durchgeführt worden.

**Lohnschiedsspruch für rheinische Gemeindebetriebe.** Für 48 rheinische Städte und Gemeinden, darunter Aachen, Arelfeld, Bonn, Trier, Koblenz, Gladbach-Meydt, Düren, Cleve usw. wurde vor der Bezirkschiedsstelle in Köln ein Schiedsspruch gefällt, wonach ab 1. April d. J. die jetzigen Grundlöhne um 6 Proz. gesenkt werden. Der Schiedsspruch läuft bis zum 31. Juli 1931.

### Badisches Landesbheater

#### Sylvia kauft sich einen Mann

Es ist ein Kriminalfall aus psychologischen Gründen, der uns in diesem Stück vorgeführt wird. Es hieß die Anziehungskraft der Aufführung schmälern, wenn ich hier die Handlung erzählen wollte.

Dem Autor, Herrn Alexander Engel, ist es leider nicht gelungen, seinen Stoff in einer wirklich bühnengerechten Weise zu verarbeiten. Er hat sich übernommen. Er hat so viele Knoten kriminalistischer und psychologischer Art geknüpft, daß der schlichte Theaterbesucher kaum noch den Zusammenhang überblickt. Und auf der Bühne herrscht ständig ein derartiges Hin und Her, ein derartig sich häufender Szenenwechsel, daß man nur schwer zum rechten Genuß kommt. Immerhin ist das Ganze recht amüsam und fesselnd. Und zumal einzelne Szenen sind für sich allein so wirkungsvoll, daß sie schon die Aufmerksamkeit des Publikums zu erzwingen vermögen.

Was die gestrige **Erstaufführung** in Karlsruhe anlangt, so hatte ich nicht den Eindruck, als ob sie die Schwächen des Stückes verwischt und ihm mit den Mitteln einer straffen Regie etwas mehr Einheitlichkeit und Zusammenhalt verliehen hätte. Ich möchte werten, daß dieses Stück mit nur sehr wenig Proben herausgebracht worden ist.

Darstellerisch die beste Leistung war die prächtige Tante der Frau Ermardt. Hier hatte die geschickte Künstlerin einmal wieder so recht die Gelegenheit, alle Register ihres großen Könnens zu ziehen. Sie stellte eine Charakterstudie vor uns hin, die herzlichen Beifall verdient. Frä. Hoff spielte die Sylvia, die sich einen Mann kauft. Auch diesmal habe ich den grünen Scharme dieser eigenartigen Künstlerin freudig bewundert. Ihr Abendkleid im zweiten Akt war eine sinnverwirrende Offenbarung der Bekleidungskunst. Und das natürliche, von Herzen kommende Spiel der Darstellerin vermochte mich auch dort zu packen, wo ich mir vielleicht eine etwas schärfere Charakterisierung gewünscht hätte. Frä. Schreiner zeichnete mit ihrer Darstellung der Dagny die Gestalt einer modernen Sumpfpflanze und bewies dabei ein bemerkenswertes Geschick. Die sämtlichen Männerrollen waren nicht günstig besetzt. Und schon allein das ist geeignet, den Erfolg einer Aufführung zu gefährden.

**Prof. Dr. Hellpach und der Fall Weingarner.** Prof. Dr. Hellpach hat, der „N. Bad. Landesztg.“ zufolge, an das deutsch-französische Studienkomitee das Ersuchen gerichtet, eine atommäßige Untersuchung einzuleiten, in der die Gründe der französischen Regierung für das Verbot der Weingarner-Konzerte enthalten sind.

**Jugendpreis deutscher Erzähler 1930.** Um den diesjährigen Jugendpreis, der dem Verband deutscher Erzähler von der Deutschen Buchgemeinschaft alljährlich in Höhe von 10 000 M. gestiftet und im Einvernehmen mit dem preussischen Kultusministerium erteilt wird, haben sich für das letzte Ausschreiben 91 Schriftsteller unter dem 40. Lebensjahre beworben. Das Preisgericht hat den Preis an Joseph Martin Bauer aus Dorfen in Oberbayern für seinen Roman „Nachtgedel“ erteilt.

## Die Wahlkreiseinteilung in Baden nach dem neuen Reichswahlgesetzentwurf

Von August Albert, Karlsruhe

Nach dem bereits mehrfach besprochenen Reichswahlgesetzentwurf Dr. Wirths soll das Land Baden künftig in sechs Reichstagswahlkreise bilden, und zwar:

1. **Konstanz** (140) mit den Amtsbezirken Konstanz, Überlingen, Pfalldorf, Neßkirch, Stodach, Engen, Donaueschingen, Billingen, Waldshut, Säckingen mit 387 508 Einwohnern und 227 408 Stimmberechtigten (nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen vom Jahre 1920).

2. **Freiburg** (141) mit den Amtsbezirken Freiburg, Neustadt, Lörrach, Schopfheim, Müllheim, Staufen, Waldkirch, Emmendingen mit 385 980 Einwohnern und 269 107 Stimmberechtigten.

3. **Offenburg** (142) mit den Amtsbezirken Oberkirch, Offenburg, Wolfach, Lahr, Rehl, Bühl und Rastatt mit 394 909 Einwohnern und 261 517 Stimmberechtigten.

4. **Karlsruhe** (143) mit den Amtsbezirken Karlsruhe, Ettlingen, Forstheim, Bretten mit 404 013 Einwohnern und 281 105 Stimmberechtigten.

5. **Mannheim** (144) mit den Amtsbezirken Mannheim und Bruchsal mit 402 493 Einwohnern und 279 259 Stimmberechtigten.

6. **Heidelberg** (145) mit den Amtsbezirken Heidelberg, Weinstadt, Wiesloch, Sinsheim, Mosbach, Buchen, Adelsheim, Tauberbischofsheim, Wertheim mit 387 619 Einwohnern und 251 513 Stimmberechtigten.

Bei dieser Einteilung waren die Verfasser des Gesetzesentwurfes offenbar bemüht, in allen Wahlkreisen möglichst nahe an die Durchschnittszahl von 385 000 Einwohnern heranzukommen, die für die Einteilung des Reiches in 162 Wahlkreise zugrunde gelegt worden ist. Eine zwingende Notwendigkeit für dieses Bestreben bestand indessen nicht, denn es soll ja nach dem Entwurf die politische Verwaltungsgliederung berücksichtigt werden, daher können die Wahlkreise niemals gleich groß sein. In der Tat gibt es verschiedene Wahlkreise, deren Einwohnerzahl weit über und andere, deren Einwohnerzahl weit unter der Durchschnittszahl 385 000 steht. So zählt der Wahlkreis Berlin III 515 245 Einwohner, Braunschweig 501 875, während Berlin I nur 295 887, Reize 275 686, Breslau Ost 275 686 Einwohner aufweisen.

Die nähere Prüfung der Wahlkreiseinteilung für Baden zeigt, daß man auf die bestehenden Zusammenhänge verschiedenster Art, die doch auch berücksichtigt werden müssen, kein Augenmerk gerichtet hat, sondern recht willkürlich vorgegangen ist. Es wäre interessant zu erfahren, ob die badischen Regierungsstellen und politischen Faktoren bei der Wahlkreiseinteilung überhaupt gehört worden sind. Man darf wohl annehmen, daß dies nicht der Fall war, denn sonst wäre die Wahlkreiseinteilung aller Wahrscheinlichkeit nach anders ausgefallen. Sicher hätte man z. B. die Amtsbezirke Säckingen und Waldshut nicht nach Konstanz geschlagen, sondern sie zum Wahlkreis Freiburg bezogen, wozu zwar nicht verwaltungspolitisch, aber doch sonst die stärksten Beziehungen haben, als nach Konstanz. Ganz sonderbar muß es erscheinen, daß man den Amtsbezirk Bruchsal aus dem Landeskommissarbezirk Karlsruhe herausreißt und dem Wahlkreis Mannheim angliedert.

Wäre es nicht besser gewesen, die Neueinteilung des Landes Baden in sechs Reichstagswahlkreise auf der Grundlage der Wahlkreiseinteilung vorzunehmen, wie sie bis zum Jahre 1928 für die badischen Landtagswahlen bestanden hat? Mit ganz geringfügigen Änderungen hätte sich diese Einteilung auch für das Reichswahlgesetz verwenden lassen, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

I. Landtagswahlkreis Amtsbezirke	I. Reichstagswahlkreis Amtsbezirke
Engen, Konstanz, Neßkirch, Pfalldorf, Stodach, Überlingen, Donaueschingen, Billingen.	Engen, Konstanz, Neßkirch, Pfalldorf, Stodach, Überlingen, Donaueschingen, Billingen.
Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.	Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.
II. Landtagswahlkreis Amtsbezirke	II. Reichstagswahlkreis Amtsbezirke
Säckingen, Waldshut, Lörrach, Müllheim, Schopfheim.	Säckingen, Waldshut, Lörrach, Müllheim, Schopfheim, Freiburg, Neustadt, Staufen, Waldkirch.
Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.	Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.
III. Landtagswahlkreis Amtsbezirke	III. Reichstagswahlkreis Amtsbezirke
Emmendingen, Freiburg, Neustadt, Staufen, Waldkirch.	Emmendingen, Rehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg, Wolfach, Bühl, Rastatt.
Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.	Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.
IV. Landtagswahlkreis Amtsbezirke	IV. Reichstagswahlkreis Amtsbezirke
Rehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg, Wolfach, Bühl, Rastatt.	Emmendingen, Rehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg, Wolfach, Bühl, Rastatt.
Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.	Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.
V. Landtagswahlkreis Amtsbezirke	V. Reichstagswahlkreis Amtsbezirke
Bretten, Bruchsal, Ettlingen, Karlsruhe, Forstheim.	Bretten, Bruchsal, Karlsruhe, Ettlingen, Forstheim.
Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.	Dieser Wahlkreis hätte 282 228 Einwohner und 176 195 Stimmberechtigte.

Der 4. Reichstagswahlkreis, der genau dem ehemaligen 5. badischen Landtagswahlkreis entspräche, würde 486 782 Einwohner und 332 800 Stimmberechtigte zählen.

**VI. Landtagswahlkreis  
Amtsbezirke**  
Mannheim, Weinstadt.

Der Amtsbezirk Mannheim mit seinen 319 684 Einwohnern und 227 564 Stimmberechtigten, kann sehr gut für sich einen eigenen Reichstagswahlkreis bilden. Er ist der Einwohnerzahl nach immer noch größer als z. B. die Reichstagswahlkreise Reize mit 275 686, Düsseldorf I mit 313 000, Dresden I mit 318 365 Einwohnern usw.

**VII. Landtagswahlkreis  
Amtsbezirke**  
Heidelberg, Sinsheim, Wiesloch, Adelsheim, Buchen, Mosbach, Tauberbischofsheim, Wertheim.

Von dem ehemaligen 6. badischen Landtagswahlkreis würde also der Amtsbezirk Weinstadt zum 6. Reichstagswahlkreis kommen, der dann 387 619 Einwohner und 251 513 Stimmberechtigte zählen würde.

Eine solche Einteilung würde auch der nach dem neuen badischen Landtagswahlgesetz vorgenommenen Wahlkreiseinteilung in 22 Landtagswahlkreise entsprechen und sich mit ihr in Übereinstimmung bringen lassen. Der 1. Reichstagswahlkreis würde die Landtagswahlkreise 1 bis 3 umfassen, der 2. die Landtagswahlkreise 4 bis 7, der 3. die Landtagswahlkreise 8 bis 12, der 4. die Landtagswahlkreise 13 bis 16, der 5. den Landtagswahlkreis 18 und 19 (ohne Weinstadt), der 6. die Landtagswahlkreise 17, 19 (ohne Mannheim-Land) und 20 bis 22.

(Schluß folgt.)

### Die Hohenbriener Terrorakte vor Gericht

Unter hartem Andrang begann am Montag in Rynit (Polnisch-Oberschlesien) der Prozeß wegen der am 19. November 1930 in Hohenbrieten durch Auffständische verübten Terrorakte gegen die deutsche Minderheit.

Die Angeklagten bestreiten jede Schuld. Der Hohenbriener Polizeikommandant Kocza führt die Gewalttaten auf die harte Propaganda der deutschen Minderheit und auf eine Rede des Reichsministers Treviranus zurück, die die Gemüter der polnischen Bevölkerung stark erregt hätten. Aus den Angaben der Geschädigten, die gleichzeitig als Nebenkläger auftreten, ergibt sich ein fürchterliches Bild von den Verunstaltungen, doch kann nur einer der Zeugen Namen angeben. Aus den Aussagen der Zeugen geht hervor, daß sich die Täter durchweg den Eingang in die Wohnungen der deutschen Minderheitsangehörigen mit der Angabe erzwangen, sie seien Polakiten. Auch läßt die ganze Art der Ausführung der Taten die Vermutung aufsteigen, als handle es sich um Elemente, die derartige Überfälle schon mehrfach ausgeführt haben.

Da der Richter bei der Zeugenvernehmung sehr gründlich verfährt, ist mit einem Abschluß des Prozesses nicht vor drei Tagen zu rechnen.

**Neue polnische Garnison im Korridor.** Nachdem Dirschau als der Schlüssel des polnischen Korridors vor kurzem mit einer polnischen Garnison besetzt wurde, soll jetzt auch nach Neustadt (Westpreußen) polnische Militär geleitet werden, und zwar handelt es sich um ein Bataillon polnischer Marineinfanterie.

**Neuer Kohlenstreik in England.** In Südwales sind 5000 Bergleute in einen wilden Streik getreten, der vom Kohlegewerkschaftsverband des Bergarbeiterverbandes als „eine offensichtliche Treulosigkeit“ beurteilt wird. 2000 Bergarbeiter haben inzwischen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Entschliebung wird wahrscheinlich den Zusammenbruch des Teilstreiks zur Folge haben.

**Bevorstehende Engländerreise des Königs von Spanien.** Der König von Spanien wird am Sonntagabend in London eintreffen, um seine Schwiegermutter, die Prinzessin Beatrice, zu besuchen. Die Tatsache, daß er sein Land verläßt, kann — wie „Daily Telegraph“ meldet — als Zeichen dafür betrachtet werden, daß die Krise, die vor einigen Wochen seinen Thron bedrohte, endgültig beseitigt ist.

**Einigung in Peru.** Die in Arequipa (Südperu) gebildete Junta unter Führung Ocampo, hat beschlossen, zurückzutreten, um die Einigung zur Befriedung des ganzen Landes nicht zu verhindern. Darauf haben Oberst Jimenez und die übrigen Mitglieder der Junta in Lima den Entschluß gefaßt, sich mit der Ernennung Ocampo zum provisorischen Präsidenten einverstanden zu erklären.

### Kleine Chronik

Im Wiener Wochfall ist eine eigenartige Wendung eingetreten. Die Untersuchung über die Ermordung der angehenden Bedienerin Maria Thaler hatte Zweifel an der Identität der Ermordeten ergeben. Jetzt ist festgestellt worden, daß die Thaler in Linz lebt. Wer die Ermordete nun ist, ist noch unbekannt. Der Kopf der Leiche fehlt noch. Der Mörder erklärte entgegen seiner ersten Aussagen, er habe ein ihm unbekanntes Straßennädchen getötet und dessen Kopf in die Donau geworfen.

Die Bluttat in Rudolfsstadt war die Tat eines Jochrellers. Es handelt sich um einen Reisenden Raul Eisäffer, der der Witkin erklärte, als sie kurz vor Eintritt der Polizeistunde den Betrag von etwa 100 M. lassieren wollte, daß er nur noch 5 M. besitze. Zufällig trat zur selben Zeit ein Polizeioberwachmeister ein, um Feierabend zu bieten. Da Eisäffer glaubte, der Beamte wolle ihn verhaften, da ihm die Witkin mit der Polizei gedroht hatte, feuerte er drauf los und der 55jährige Polizeibeamte und die Witkin fanden schwer getroffen zu Boden und starben bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Ein New-Yorker Warenhaus hatte Kleider und Mäntel zu 1 Dollar pro Stück angepriesen. Als die Tore geöffnet wurden, drangen die Leute wie die Wilden ein, kämpften mit Nägeln und Zähnen um den Vortritt, heulten wie Bestien und gerieben Glasfenster und Schaufenster. Die Polizei brauchte drei Stunden, um die Ordnung wiederherzustellen. Beinh Frauen wurden verletzt.

Der Segelflieger Wolf Dietz führte am Dienstag einen aufsehenerregenden Segelflug über den Dächern der Häuser New Yorks der 164. Straße aus. Er segelte über eine Stunde über der Stadt.



# Kurze Nachrichten aus Baden

## Schneefall und Zugverkehr

Anhaltender Schneefall am Dienstag hatte im Laufe des Nachmittags im Bezirk der Eisenbahndirektion Karlsruhe trotz weiterer Schneeräumungsarbeiten wohl Zugverspätungen, doch keine empfindlicheren Störungen zur Folge. Die Reisezüge von Basel brachten infolge von Schneeverwehungen in der Schweiz durchschnittlich 60 bis 90 Minuten Verspätungen. Auf der Oberrheinbahn erlitten die Abendzüge Verspätungen bis zu 50 Minuten. Verspätungen von 1 bis 2 Stunden entstanden auf der Schwarzwaldbahn, insbesondere auf der Strecke Konstanz-Singen, durch Schneeverwehungen. Zwischen Singen-Koblentz und Mengen mußten die Schneepflüge eingesetzt werden. Auf den Bahnhöfen Konstanz und Petershausen wurden Reichswehrmannschaften zur Schneebeseitigung herangezogen. Nachdem der Schneefall in den späten Abendstunden im ganzen Bezirk nachgelassen hat, konnten heute, Mittwoch, die Frühzüge durchweg planmäßig verkehren.

## Der Bürkle-Prozess in Freiburg

Urteil voraussichtlich Samstag oder Sonntag morgen  
Freiburg i. Br., 10. März. Am heutigen Verhandlungstag ergab sich aus den Mitteilungen eines Sachverständigen, daß bei Ausbruch des Konkurses Wertpapiere im Höhe von 2.000.000 M. nicht mehr vorhanden waren, davon waren 600.000 M. Papiere beliebige und der Rest unbeliebige. Herling erklärte dazu, daß am 1. Oktober 1929 eine Kasse von über einer Million vorhanden gewesen sei, womit man sämtliche Papiere hätte einlösen können. Auf die Frage des Sachverständigen, warum man dann im Oktober für 600.000 Reichsmark Wertpapiere verkauft habe und beinahe 2,1 Millionen Wertpapiere gefehlt hätten, antwortete Herling, daß noch im Oktober und November die schweren Kursstürze an den Börsen erfolgten. Im übrigen seien mehrere Papiere überbehalten gewesen. Bei Besprechung der Wechselgeschäfte mit dem Kloster Trübsart wurde bekannt, daß Herling ohne Wissen der Oberin Wechsel prolongieren ließ. Der gesamte Schaden, den das Kloster durch den Konkurs erlitt, beträgt 800.000 M. Das Urteil dürfte am Samstagabend oder Sonntag früh zu erwarten sein.

Dr. Mannheim, 11. März. Der Leiter des Pathologischen Instituts der Stadt, Krankenanstalten Mannheim, Prof. Hermann Voelcke, verläßt nach 18-jährigen Wirken in unserer Stadt seinen Posten, um einem ehrenvollen Rufe der Universität Greifswald Folge zu leisten. Der ausgezeichnete Gelehrte, der sich auch an der Universität Heidelberg als ordentlicher Honorarprofessor betätigte und im 49. Lebensjahre steht, wird zum 1. April überfiebern. Er hat sich vor allem mit Arbeiten zur Tuberkulose ein Namen gemacht.

Dr. Heidelberg, 10. März. Kirchenrat Hermann Specht, der 47 Jahre im Dienste der Evangelischen Landeskirche stand und mit 70 Jahren in den Ruhestand trat, konnte am Sonntag seinen 95. Geburtstag feiern.

Dr. Heidelberg, 10. März. Wie die „Heidelb. N. N.“ melden, gehen beim Neubau der Universität Kostenvoranschlag und wirkliche Kosten insofern auseinander, als die letzteren bis jetzt wesentlich geringer sind als der Voranschlag. Auch die Zuneinrichtung werde nicht so hoch zu stehen kommen, wie im Voranschlag vorgesehen war, obwohl nur bestes Material verwendet wird und die Bauleitung nicht darauf ausging, die Preise zu drücken.

Dr. Heidelberg, 11. März. Der Karlsruher „Volkstribüne“ hatte im August vorigen Jahres einen ironischen Artikel über einen Salonwagen, ein Motorboot und eine Schweizer Villa des Ministers Dr. Memmele gebracht, den der Schloffer Karl Kutavern aus Eppingen mißverstehen. Er berichtete in der „Eppinger Zeitung“, daß ein Mann wie Minister Mem-

mele, der einen solchen Luxus treibe, nicht geeignet sei, die Leiden des Volkes zu mildern. Gleichzeitig agitierte der Angeklagte gegen eine in Eppingen angesetzte Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in der Minister Memmele sprechen wollte. Auf Antrag des Ministers wurde gegen Kutavern vor dem Heidelberger Schöffengericht verhandelt. Die Verhandlung endete feinerzeit mit einem Freispruch. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Große Strafkammer als Berufungsinstanz verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 M., ersatzweise sechs Tagen Haft.

Dr. Schriesheim (bei Heidelberg), 10. März. Die Gendarmerie hat drei Leute von hier, darunter zwei verheiratete, ermittelte und verhaftet, die vorige Woche auf dem israelitischen Friedhofe Grabsteine demolierten und umwarfen.

Dr. Reckartsteinach, 10. März. Die hiesige Stauffe des Reckartkanals wurde heute in Betrieb genommen. Die Stauffe beträgt 4,70 Meter. Drei Schiffe, ein Motorboot und zwei Leere Rähne wurden durchgeschleust. Seit Freitag laufen auch die Turbinen des Kraftwerkes. Die Stauffe erfordert zwei Jahre Bauzeit. Rund 500.000 Kubikmeter Erdmassen waren fortzuschaffen.

## Staatsanzeiger

### Nichtlinien über die Übernahme der Ausfallhaftung bei Bürgschaften für Wohnungsbauarbeiten

- Grundsatz.**
1. Um Wohnungsverbänden, verbandsfreien Gemeinden, Verbandsgemeinden und sonstigen juristischen und natürlichen Personen die Übernahme von Bürgschaften für hypothekensichernde Darlehen auf Wohnungsbauten zu erleichtern, erhebt das Land den Bürgen einen Teil der ihnen durch die Bürgschaft entstehenden Verluste nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.
  2. Das Darlehen muß für einen Wohnungsneubau gegeben sein, für den ein öffentliches Baudarlehen nach den Landesbestimmungen über die Förderung des Wohnungsbaues vom 9. Februar 1931 gemährt werden kann.
  3. Die Fertigstellung des Neubaus darf nicht länger als ein Jahr vor der Bürgschaftsübernahme zurückliegen. Spekulationszwecke dürfen die Bauten nicht dienen.
  4. Für gewerbliche Räume darf das Darlehen nur insoweit verwendet werden, als es sich um Zubehör einer Wohnung handelt, z. B. einen kleinen Kaufladen, eine kleine Werkstätte, einen Stall, eine Scheune usw.
  5. Das Darlehen muß mit 2 Proz. jährlich getilgt werden; wachsen die durch die fortschreitende Tilgung erparierten Zinsen der Tilgung zu (Annuitätentilgung), oder sind auch vorgehende oder gleichzeitige Darlehen durch Tilgungshypotheken gesichert und werden Vormerkungen nach § 1179 BGB. eingetragen, dann genügt eine (Anfangs-)Tilgung des Darlehens mit 1 Proz. jährlich. Eine Kündigung durch den Darlehensgeber soll auf mindestens 5 Jahre ausgeschlossen sein.
  6. Das Darlehen muß durch eine Hypothek gesichert sein, und zwar einschließlich der vorgehenden und gleichstehenden Hypotheken innerhalb 80 v. H. und bei besonders förderungswürdigen Bauten innerhalb 90 v. H. der Gesamterstellungskosten (Ziffer 30 der genannten Bestimmungen). Gesamthypotheken werden bei jedem Grundstück in voller Höhe an gerechnet. Die Hypothek darf nicht durch vorgehende Lasten in Abteilung II des Grundbuchs wesentlich beeinträchtigt werden. Es dürfen ihr auch keine Eigentümerhypotheken oder Grundschuldens Hypotheken und Grundschulden und gleichstehenden Hypotheken und Grundschulden muß eine Vormerkung zur Lösung nach § 1179 BGB. eingetragen sein.
  7. Die für ein öffentliches Baudarlehen bestellte Hypothek soll der verbürgten Darlehenshypothek im Range nachgehen.

Soweit für das verbürgte Darlehen die gleiche Belegungsgrenze gilt wie für das öffentliche Baudarlehen, können die beiden Hypotheken sich auch im Range gleichstellen.

### Übernahme der Bürgschaft.

8. Für eine erste Hypothek darf eine Bürgschaft nur insoweit übernommen werden, als sie einen gewissen Mindestbetrag der Gesamterstellungskosten oder des Gebäuwerts überschreitet. Es ist darauf zu achten, daß nicht für eine durch das Grundstück bereits ausreichend gesicherte Hypothek noch eine Bürgschaft übernommen und der öffentliche Kredit dadurch in unerwünschter Weise beansprucht wird.
9. Die Mittel für das verbürgte Darlehen dürfen nicht aus öffentlichen Geldern stammen; es darf sich also z. B. nicht um das Darlehen eines Häuserbaufonds handeln, in den Mittel der Gebäufondersteuer fließen.
10. Das verbürgte Hypothekendarlehen darf nur auf einem einzelnen Grundstück ruhen, da nur so eine zuverlässige Nachprüfung über das Vorhandensein der geforderten Sicherheit möglich ist.
11. Der Bürgschaftsbetrag für eine Wohnung soll in der Regel nicht weniger als 1000 M. und nicht mehr als 4000 M. oder Goldmark betragen.

### Ausfallhaftung des Landes.

12. Der Bürge hat den endgültig eintretenden Verlust in Höhe bis zu 10 v. H. der verbürgten Summe allein zu tragen. Von den weiteren Verlusten übernimmt das Land die Hälfte.
13. Der Bürge ist verpflichtet, alles zu tun, um Verluste für den Staat zu vermeiden.
14. Das Land hat keine Ersatzpflicht, wenn die ihm über das Darlehen und die Bürgschaft gemachten Angaben in wesentlichen Punkten unrichtig sind.
15. Das Land trägt nur Verluste, die innerhalb 10 Jahren seit Übernahme seiner Haftung eintreten.

### Verfahren.

16. Anträge auf Übernahme der Ausfallhaftung sind bei dem Minister des Innern in der Regel für eine Mehrzahl von Einzelfällen nach Vordruck in doppelter Fertigung und ohne Anschließ der Einzelakten zu beantragen. Dabei ist die Richtigkeit der gemachten Angaben zu versichern. Der Minister des Innern und die Staatsschuldenverwaltung können die Vorlage einzelner Akten verlangen.
17. Das Land ist nicht verpflichtet, eine Ausfallhaftung zu übernehmen. Es wird insbesondere bei schlechten Bauentwürfen, minderwertiger Bauausführung oder mangelhafter Finanzierung die Übernahme ablehnen. Die Höhe der für einzelne Verbände und Städte zu übernehmenden Haftung kann begrenzt werden.
18. Den Verbänden und Städten bleibt überlassen, insbesondere bei großen Bauvorhaben, vor Beginn ihrer Ausführung beim Ministerium eine vorläufige Erklärung über die Übernahme der Haftung zu beantragen. Die endgültige Übernahme erfolgt in der Regel nur bei fertiggestellten Bauten.
19. Der Bürge muß von eintretenden Zwangsversteigerungen tunlichst frühzeitig die Staatsschuldenverwaltung behufs Herbeiführung einer Veräußerung über das weiter eingehaltene Verfahren benachrichtigen und ihr etwaige Verluste rechtzeitig anzeigen.
20. Erleidet ein Bürge ein Grundstück bei einer Zwangsversteigerung zu einem unter dem Verkehrswert liegenden Preis, so wird der Verlust erst dann berechnet und ersetzt, wenn der Bürge das Grundstück wieder veräußert oder seit der Versteigerung 5 Jahre verstrichen sind. In ersterem Falle wird bei Berechnung des Verlustes der Veräußerungspreis zugrunde gelegt, in letzterem Falle der neu festzustellende Verkehrswert.

Karlsruhe, den 6. März 1931.  
Der Minister des Innern  
Bittmann.

**Deutsche Beamten - Krankenversicherung, V. a. G.**  
Koblenz-Rhein

Familienkrankenkasse mit zur Zeit rund 300000 Versicherten

Freie Arztwahl / Behandlung als Privatpatient, also kein Krankenschein / Keine Nachschußpflicht / Beitragsrückgewähr

Keine jährliche Höchstgrenze und keine zeitliche Beschränkung für Krankenhilfe, Krankenhausbehandlung und Arzneimittel

Aufnahme mit Sterbegeld bis zum 60. Jahre, ohne Sterbegeld bis z. 70. Jahre

Drucksachen und Auskunft kostenlos von der

**Bezirksverwaltung für Baden in Mannheim, Rathaus**

In der Gemeinde Jöhlingen ist die Maul- und Nansenfeuche ausgebrochen.

Sperbezirk ist die Langentaler Straße in Jöhlingen. Beobachtungsgebiet ist die Gemeinde Jöhlingen.

Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15-km-Umkreises. Für den Sperbezirk, das Beobachtungsgebiet und den 15-km-Umkreis gelten die gemeinsamen Bestimmungen der §§ 162-164 und 168 der Ausf.-Vorschriften zum Viehseuchengesetz.

Karlsruhe, den 9. März 1931. D. 3. 31

Bad. Bezirksamt - Abteilung IV.

**Spar- und Waisenkasse Lauberbischofsheim**  
Öffentliche Sparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	64 810,08	Spareinlagen	4 588 849,05
Guthaben bei Banken und Postsparkasse	51 995,93	Aufwertungsreserveinlagen	715 124,92
Guthaben bei Girozentrale	395 073,25	Giro- und Kontoforrent-Einlagen	352 059,82
Bertpapiere	29,80	Anleihenkapitalien	65 647,27
Wechsel	201 728,83	Küdlagen:	
Darlehen auf Hypotheken	2 255 969,56	a) gesetzl. Reservefonds	205 305,98
Kaufschillinge	1 201 842,02	b) Sonderrücklage	27 163,82
Darlehen in f. d. Rechnung	443 780,37	Reingewinn	96 865,14
Darlehen auf Schuldschein	219 229,50		
Darlehen an Gemeinden	420 172,37		
Verbandsbeiträge	103 700,-		
Einnahmerückstände	120 493,76		
Aufwertungsfordernngen	431 341,18		
Aufwertungs-Abrechnungs-Konto	139 846,35		
Grundstücke und Gebäude	2,-		
Gerätschaften	1,-		
	6 050 016,-		6 050 016,-

Für

**Ländl. Kreditvereine, Spar- u. Darlehenskassen**

liefern wir alle

**Vordrucke, Scheinhefte, Kontobücher**

Druckerei G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe  
Karl-Friedrich-Straße 14

**Badisches Landestheater**

Donnerstag, 12. März 1931

\* D. 20. (Donnerstagnacht)  
Zb.-Gem. 1001-1100

**Die Hugenotten**

Große Oper von Meyerbeer

Dirigent: Schwarz  
Regie: Pruscha

Mitwirkende:  
Gabriele Englerth a. G.,  
Blant, Effelsgrub, Reichmann,  
E. Rivinius, Falke,  
J. Gröbinger, Gospach,  
Kainbach, Niefer, Löser,  
Nitsch, Schoepflin, Schuster,  
Otto Wolf a. G., Meyer

Anfang 19 Ende 22 1/2  
Preise C (1-7 RM)

Fr. 13. 3. Der Mann, den sein Gewissen trieb.  
Sa. 14. 3. Sylvia lauft sich einen Mann. So. 15. 3. Nachm.: Das Nachtlager in Granada. Abds.: Carmen. Im Ratsk.: Das Konto X.

**PORPHYRWERK DOSENHEIM**

HANS VATTER  
DOSENHEIM A. D. GEBIRGE

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

**STRASSENBAU-MATERIAL**

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 4 940 908,87 RM = 247 045,44 RM

Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 247 324,77 RM

Somit mehr = 279,33 RM

Lauberbischofsheim, den 25. Februar 1931. R. 334

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Diebold.  
Der Geschäftsführer: Geilmuth.